

EU: DER BINNENMARKT BEKÄMPFT DIE DASEINSVORSORGE

Aus Gründen des Gemeinwohls halten wir es für sinnvoll, dass die Versorgung mit Wasser, Strom, Gas und Postdiensten, sowie der Verkehr-, Gesundheits- und Bildungsbereich öffentlich betrieben werden. Nicht um Profitmaximierung kann es bei der Daseinsvorsorge gehen, sondern z.B. um gesundes, gutes Wasser und hygienische zuverlässige Entwässerung, stabile Stromversorgung ohne Blackouts (wie die letztes Jahr in Kalifornien, wo die Stromversorgung dem Profitinteresse unterliegt), sichere Gasleitungen und flächendeckende Post-, Verkehrs- und medizinische Leistungen auch für die sprichwörtliche "Oma auf dem Lande", an der man nicht groß verdienen kann.

Aber Anfang der neunziger Jahre kamen die Regierungen der westlichen Industrieländer im "Washingtoner Consensus" überein, der freien Marktwirtschaft auf dem ganzen Globus auch die Wirtschaftsbereiche zu eröffnen, die dem reinen Profitinteresse traditionell nicht zugänglich waren. Ein Schlüsselbegriff jenes "Konsenses" ist die "Vermarktung der Gemeinschaftsgüter" wie zum Beispiel die Energie- und Wasserversorgung oder die der Rundfunkfrequenzen. Denselben Ziel dient auch der (durch den Maastrichter Vertrag von 1992 geschaffene) EU-Binnenmarkt mit den sogenannten: vier großen Freiheiten, dem "freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalsverkehr". Alles soll privatisiert werden, auch die sozialen Dienstleistungen und die natürlichen Ressourcen, ja sogar das Wasser als wichtigstes Lebensmittel. Im März 2000 hat das "Weltwasserforum" in Den Haag Wasser als "Handelsware" definiert, das zu Profitzwecken ge- und verkauft werden kann.

Auch die EU-Kommission verfolgt - im Einklang mit den nationalen Regierungen - das Ziel, immer mehr öffentliche Dienstleistungen dem Wettbewerbsrecht zu unterwerfen. Der EG-Vertrag verwendet den Begriff der "Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse" (EGV 86.2), mit deren Ausführung sowohl öffentliche wie private Unternehmen betraut werden können. Das heißt, beide Unternehmensformen werden gleichgestellt und öffentliche Unternehmen damit geschwächt, denn die sind sinnvollerweise nicht dafür aufgestellt, mit Konzernen zu konkurrieren und sparen uns damit u.a. viel Geld. Sobald privatwirtschaftliche Ver-

wertungsinteressen an öffentlichen Dienstleistungen auftauchen, greifen die EU-Wettbewerbsregeln. (Der Kampf der EU-Kommission gegen die deutschen Sparkassen ist ein Beispiel dafür!) Wenn in einem Land z.B. der öffentliche Nahverkehr oder die Wasserversorgung mittels Konzessionen ganz oder teilweise an Private vergeben werden, entstehen laut Kommission "vorgelagerte Märkte", auf die die für den "Binnenmarkt, den Wettbewerb und die staatlichen Beihilfen geltenden Regeln" angewendet werden müssen, sonst wäre - nach Auffassung der EU-Kommission - der Wettbewerb beeinträchtigt. Wenn also Gebietskörperschaften in einem Land z.B. Versorgungs- oder Entsorgungsleistungen der Daseinsvorsorge privatisieren, führt dies zu massivem Druck auf die Eigenbetriebe von Städten und Gemeinden in allen anderen Ländern. So schreibt die EU-Kommission:

"Für andere Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse wie etwa die Abfallwirtschaft, die Wasserversorgung oder den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (!) besteht auf Gemeinschaftsebene kein umfassendes Regelwerk. Sofern diese Dienstleistungen jedoch den Handel zwischen Mitgliedsstaaten beeinträchtigen, unterliegt ihre Bereitstellung und organisatorische Abwicklung im Allgemeinen den für den Binnenmarkt, den Wettbewerb und staatliche Beihilfen geltenden Vorschriften." (Europäische Kommission 2003:12)

Wenn also Siemens tatsächlich, wie die SZ am 13.5. gemeldet hat, („Wasser bewegt immense Summen – und die Phantasie der Unternehmen. (...) die Privatisierung einst staatlicher Wasserwerke versprechen Versorgern und Zulieferern eine sprudelnde Ertragsquelle. Auf über 430 Milliarden Euro soll sich der Umsatz privater Wasserbetriebe weltweit bis 2010 mehr als verdoppeln, sagt die Weltbank voraus. (...) Noch allerdings hat sich die Privatwirtschaft erst fünf Prozent am globalen Wassermarkt gesichert.“) massiv ins Wassergeschäft einsteigen würde, könnte es sich der Konzern wohl leisten, den Münchner Stadtwerken ein kurzfristig hervorragend aussehendes Angebot zu machen. Die längerfristigen Folgen einer Privatisierung lassen sich in Großbritannien studieren: Schlechte Wasserqualität und hohe Preise, die viele der Ärmern nicht mehr bezahlen können.

Subventionen unter Generalverdacht

Ein weiteres Mittel, um ihre Privatisierungspolitik durchzusetzen, haben die Regierungen im Wörtchen "Beihilfe" oder "Subvention" gefunden: Damit meinen sie nicht mehr die fragwürdige Wirtschaftsförderung, durch die Steuergelder in Konzerne fließen, anstatt dass diese gerechterweise Steuern zahlen – die soll weiter fortgeführt werden. Jetzt heißt es auf einmal "Beihilfe", wenn Kommunen ihre Stadtwerke so organisieren, dass sie ihre Aufgaben sachgerecht und kostengünstig ausführen können. Warum sollen Gewinne z.B. aus der Stromversorgung nicht in den Ausgleich von Defiziten im Öffentlichen Nahverkehr fließen? Die Stadtwerke zahlreicher Kommunen vereinigen Sparten wie Strom, Gas, Wasserversorgung, Klärwerke oder den Öffentlichen Nahverkehr. Eine Quersubventionierung kann auch im Sinne eines sozialen Ausgleichs (etwa einer Verbilligung von Fahrkarten oder Unterstützung kinderreicher Familien) recht eigentlich geboten sein.

Laut EG-Vertrag (bzw. geplanter EU-Verfassung, Art. III-56,1) sind jedoch "staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen", die "den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem gemeinsamen Markt unvereinbar". Es werden nur wenige Ausnahmen zugelassen, etwa "Beihilfen sozialer Art an einzelne Verbraucher" oder Beihilfen bei "Naturkatastrophen". Durch die "Transparenzrichtlinie", die getrennte Buchführung vorschreibt, werden Subventionen des öffentlichen Sektors einer besonders strengen Kontrolle unterworfen, denn die EU-Kommission muss über alle "Finanzbeziehungen zwischen staatlichen Behörden und öffentlichen Einrichtungen" regelmäßig unterrichtet werden. (Typischerweise gibt es kein vergleichbares Instrumentarium, welches die Privatunternehmen gewährten staatlichen Subventionen, die wie im Fall Siemens einen Milliardenumfang annehmen können, einer vergleichbaren Kontrolle unterzöge! Groß-

konzerne wie RWE oder E.ON konnten ihre jahrelangen Gewinne aus kommunalen Konzessionsverträgen sogar für ihre weltweiten Expansionsstrategien einsetzen, ohne dass jemand nach Kontrolle gerufen hätte!)

Der Druck auf die Kommunen, in ihrer Finanzkrise gewinnbringende Teile des öffentlichen Eigentums zu verscherbeln oder zumindest Aufträge an Privatfirmen zu vergeben, ist durch diverse Steuersenkungsprogramme für die Reichen und die Wirtschaft bewusst herbeigeführt worden. Gerade im Bereich des Öffentlichen Nahverkehrs versuchen die Privatunternehmen nicht nur, für sie lukrative Linien zu befahren, sondern gebärden sich auch als Vorreiter einer massiven Lohnsenkungspolitik, die dann auch die Löhne und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Bereich unter Feuer nimmt. Die EU-Kommission sorgt für die Zunahme solcher "Public-Private-Partnership" nicht nur durch ihre "Wettbewerbsregeln und Vorschriften über staatliche Beihilfen", sondern vor allem auch durch die Pflicht zur europaweiten Ausschreibung öffentlicher Aufträge ab einem bestimmten Volumen. Auf diese Weise kommt es zu einem Vormarsch von transnationalen Konzernen und deren "outsourcetem Firmenanhang" in immer weitere Bereiche des vormals öffentlichen Sektors.

Wir treten ein für eine Wirtschaftspolitik ein, die sich am Gemeinwohl, nicht am Profitinteresse weniger orientiert:

- **Gegen die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Verkehrsbetriebe oder Post!**
- **Gegen Sozialdumping und Abbau der sozialen Sicherungssysteme!**
- **Ablehnung der EU-Verfassung als Dokument des Neoliberalismus, Militarismus und Weltmachtstrebens!**

Sozialforum München

email: info@m-sf.de
Internet: www.m-sf.de

V.i.S.d.P.: Paul Kleiser, Holzhofstr.8, 81667 München. Eigendruck im Selbstverlag.

